

6/SW-132/WE

Amt der o.ö. Landesregierung

Verf - 300490/4 - Rai

Linz, am 16. April 1992

DVR.0069264

Bundesgesetz, mit dem das
Bundesgesetz über Maßnahmen
betreffend Isoglucose geän-
dert wird;

Entwurf - Stellungnahme

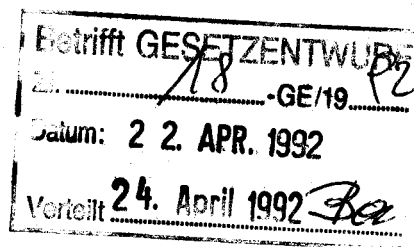
Verfassungsdienst:
Bearbeiter DI Dr. Rainer

Zu GZ 31.510/02-III/B/9/92 vom 26. Februar 1992

An das

Bundesministerium für
Land- und Forstwirtschaft

Stubenring 1
1012 W i e n



St. Homanz

Das Amt der o.ö. Landesregierung beehrt sich, zu dem mit der
do. Note vom 26. Februar 1992 versandten Gesetzentwurf wie
folgt Stellung zu nehmen:

I. Allgemeines:

Die wiederholte Novellierung des Bundesgesetzes macht
deutlich, wie problematisch die Zersplitterung der Kom-
petenzbestimmungen sowie die Befristung von Kompetenz-
bestimmungen sind. Unter Hinweis auf die gegenwärtig
stattfindenden Strukturreformverhandlungen wird auf die
besondere Wichtigkeit der geschlossenen Regelung der
Kompetenzbestimmungen im B-VG (Inkooperierungsgebot)
sowie einer Neuverteilung der Kompetenzen im Bundes-
staat hingewiesen.

II. Zum Gesetzentwurf:

1. Im Art. I sollte die Bezeichnung "Verfassungsbestimmung" in Klammern gesetzt werden.
2. Im Art. I Abs. 1 ist der Ablaufzeitpunkt vom 31. Dezember 1995 auf 30. Juni 1996 zu korrigieren. Ansonsten würde das gegenständliche Gesetz ein halbes Jahr lang ohne verfassungsrechtliche Grundlage in Geltung stehen, womit abermals die Bedenklichkeit von befristeten Kompetenzbestimmungen aufgezeigt wird.
3. Im Art. II sollten die einzelnen Änderungen durch eine eigene Ziffer gekennzeichnet werden. Der Art. II sollte somit nachstehendes Aussehen haben:

 'Das Bundesgesetz wird wie folgt geändert:

 1. § 1 lautet:
 "§ 1. (1).....
 (2).....

 2. § 7 lautet:
 "§ 7.".
4. Im Art. II, § 1 Abs. 2 sollte nach den Worten "Zolltarifgesetz 1988" ein Beistrich eingefügt werden.
5. Wegen der Verfassungsbestimmung des Art. I könnte der Klammerausdruck: "(Verfassungsbestimmung)" im § 7 entfallen.

III. Erläuterungen, Besonderer Teil:

Die Überschriften sollten lauten:

- "Zu Art. I:
- Zu Art. II:
- Zu Z. 1 (§ 1):
- Zu Z. 2 (§ 7):"

25 Mehrabdrucke dieser Stellungnahme werden u.e. dem
Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:

Dr. M a y e r

Landesamtsdirektor-Stellvertreter

- - -

- a) Allen
 oberösterreichischen ÖVP- und SPÖ-Abgeordneten
 zum Nationalrat und zum Bundesrat
- b) An das
 Präsidium des Nationalrates (25-fach)
 1017 W i e n , Dr. Karl Renner-Ring 3

- c) An alle
 Ämter der Landesregierungen
- d) An die
 Verbindungsstelle der Bundesländer
 beim Amt der NÖ. Landesregierung
 1014 W i e n , Schenkenstraße 4

zur gefälligen Kenntnis.

Für die o.ö. Landesregierung:

Dr. M a y e r

Landesamtsdirektor-Stellvertreter

F.d.R.d.A.: